



Protokoll

Kantonaler Parteitag vom 2. Februar 2012 in Dornach Alters- und Pflegeheim „Wollmatt“, Beginn 20.00 – 21.30 Uhr

Stimmberechtigte im Saal: 58, gemäss Mandatskontrolle

Absolutes Mehr: 30

Gäste: 1

Entschuldigt:

Sektionen und Einzelpersonen: Deitingen, Feldbrunnen, Fülenbach, Luterbach, Matzendorf, Mühletal, Oberdorf, Rechterswil. Georg Hasenfratz, Fatma Tekol

Geschäftsleitung: Peter Gomm, Bea Heim, René Umher, Katrin Leuenberger, Yves Fankhauser

Kantonsratsfraktion: Fabian Müller, Peter Schafer, Roger Spichiger

StimmzählerInnen:	Alper Dümen	Tisch 1
	Christine Bigolin	Tisch 2
	Thomas Flückiger	Tisch 3

Geschäftsliste

1. **Eröffnung des ordentlichen Parteitages**
2. **Wahlen Stimmzähler/innen**
3. **Genehmigung der Geschäftsliste**
4. **Genehmigung des Parteitags-Protokolls vom 24. Oktober 2011**
5. **Geschäftsleitung: Verdankung und Wahlen**
 1. *Verdankung von Hans-Jörg Staub, Dornach (GL-Rücktritt im Jahr 2011)*
 2. *Wahl von René Umher, Dornach für die Amtei Dorneck/Thierstein*
6. **Statutenrevision**

Antrag der Geschäftsleitung an die Delegierten:
„Erteilung eines Auftrages an die Geschäftsleitung zur Überprüfung der Führungsstruktur (Geschäftsleitung) der Kantonalpartei mit gleichzeitiger Revision der Statuten unter Berücksichtigung von diversen Sektionsanträgen sowie notwendigen Anpassungen an die Statuten der SPS und an das Vereinsgesetz“
7. **Kantonale Abstimmungsvorlagen**
8. **Nationale Abstimmungsvorlage – Pro und Kontra**

„Bauspar-Initiative“: Informationen und Diskussion mit
Markus Meier, Stv. Direktor Wirtschaftskammer BL (pro)
Susanne Schaffner-Hess, Kantonsrätin (kontra)
9. **Varia**

1. Eröffnung des Parteitages durch Parteipräsidentin Evelyn Borer

Evelyn Borer: Begrüsst die Anwesenden Delegierten, Gäste und Medien am Parteitag in ihrer Heimsektion. Trotz Schneefall und Kälte haben viele den Weg über den „Berg“ angetreten und sind nach Dornach gekommen. Irene Meier aus Rodersdorf, Präsidentin der SP Amtei Dorneck-Thierstein, wird einige Worte an uns richten:

Kantonaler Parteitag, 2. Februar 2012 in Dornach

Liebe Genossinnen und Genossen, geschätzte Gäste

Irene Meier-Reber:

Als frischgewählte Amteipräsidentin, darf ich Euch zu unserem ersten Parteitag in diesem Jahr hier in Dornach herzlich begrüßen. Schön, dass ihr trotz dieser weissen Pracht euch auf den Weg zu uns gemacht habt. Genau wie unser Kanton weitläufig und verzettelt ist, ist auch unsere Amtei, Dorneck und Thierstein weitläufig und verzettelt, darum ist es uns wichtig, dass wir euch Heute zu Gast haben.

Die Menschen in den verschiedenen Tälern sind auch unterschiedlich geprägt worden, die Familien- Arbeits- und Freizeitsituationen begegnen einem anders, je nach dem wo Frau und Mann lebt und die Bedürfnisse variieren. Ihr seht, die Amtei Dorneck/Thierstein widerspiegelt den Kanton Solothurn bestens.

Und trotzdem wollen wir am gleichen Strick ziehen, wollen eine gute, nachhaltige Politik leben, eben eine Politik für ALLE statt für wenige. Wir wollen mit starken Persönlichkeiten in Behörden und Räten gut vertreten sein. Dies ist nur möglich, wenn wir uns vernetzen, wenn wir von den Stärken, von den Herausforderungen und von den Problemen der Menschen wissen, die hier ihr zu Hause gefunden haben.

Ein Parteitag ist das beste Beispiel dafür, wir reden miteinander und informieren uns, wir lernen einander kennen und stellen immer wieder kritische Fragen. Mit einem solchen Austausch und dieser Vernetzung, kann Vertrauen wachsen und eine grosse Partei wie die SP, zusammenhalten.

In diesem Jahr werden die Sektionen aufgefordert sein, Personal für die kommenden Kantons- und Regierungsratswahlen anfangs nächsten Jahres; und Gemeinderatswahlen Mitte nächstes Jahr, zu suchen. Die Amteien werden auch hier grosse Vernetzungsarbeit leisten müssen, damit die SP-Listen mit vielen Genossinnen und Genossen eingereicht werden können.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen stärkenden und informativen Parteitag.

Merci vielmol!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Geschätzte Genossinnen und Genossen

Evelyn Borer

Mein besonderer Gruss geht an Ständerat Roberto Zanetti, Nationalrat Philipp Hadorn, Gäste und Vertreterinnen und Vertreter der Medien. Entschuldigt hat sich Regierungsrat Peter Gomm. Er nimmt an der Brevetierungsfeier der Polizeianwärterinnen- und Anwärter teil. Ebenfalls entschuldigt hat sich Nationalrätin Bea Heim. Der heutige Parteitag ist der erste in diesem Jahr und wir befinden uns in keinem Wahljahr. Ich finde das ab und an eine Erleichterung.

Natürlich sind die Wahlen im kommenden Jahr schon ein Thema. Und gemäss den Medien dreht sich das Kandidatenkarussell auch bereits. Und wenn es nach einem bestimmten Medienvertreter geht, brauchen wir überhaupt keine Wahlen, da er zumindest den Regierungsrat bereits bestellt hat. Aber wie gesagt, es ist eben kein Wahljahr. Und Regierung und Parlament bestimmt bei uns immer noch das Volk. Auch dass eine Erleichterung. Also keine Wahlen sondern ganz sachliche, vielleicht auch ein bisschen trockene aber nichts desto weniger wichtige Sachgeschäfte. Von Sicherheitsfragen über Investitionen bis zu Bausparmöglichkeiten spannen sich die heutigen Themen. Eine ganze Reihe von Referentinnen und Referenten werden uns die verschiedenen Vorlagen präsentieren und natürlich steht Zeit zur Diskussion zur Verfügung. Aber auch wenn Sachgeschäfte im Zentrum stehen, in der Politik im Allgemeinen und in der politischen Grosswetterlage sind trotzdem Menschen das Zentrum. In vielfältigster Art und Weise. So treffen sich die europäischen Staatschefs quasi im Wochentakt entweder bei den Rettungsmassnahmen des Euro, einzelner Länder oder und vor allem der Rettung des eigenen Landes und des eigenen

Kantonaler Parteitag, 2. Februar 2012 in Dornach

Status. Quirlige Führer einer Nation merken plötzlich, dass die vor 6 Jahren gemachten Versprechen noch nicht eingelöst sind und machen nun auf grosses Engagement um den Sitz im Palais zu retten. Andere verlieren ihren Sitz aufgrund unsauberer und unlauterer Machenschaften. Ob Herr Hildebrand und seine Frau nun eher in naiver Art und Weise, im realen Unwissen oder fahrlässig gehandelt haben, sei dahingestellt. Jedoch die Art und Weise wie auf Menschen, die nicht genehm sind, Jagd gemacht wird, das macht wirklich sprachlos. Und genau das dürfen wir auf keinen Fall sein. Wenn Wahlkämpfe via Firmenkasse finanziert werden, dies mit Unwissen deklariert und auf Unschuld plädiert wird und es die gleichen sind, die sich vehement gegen ein Offenlegen der Parteienfinanzierung stellen, dann gilt es, sich zu äussern und die Meinung laut kund zu tun. Wenn die Regierung zu öffentlich gemachten recht detaillierten Plänen der Nagra zu Tiefenlagerstandorten schweigt, dann hat sie ihren Auftrag entweder nicht erkannt oder nimmt den Auftrag oder das Solothurner Volk nicht richtig ernst. Auch wenn es zunehmend schwieriger wird politische Ziele in sozialer oder ökologischer oder menschengerechter Art zu erreichen. Die SP ist die Partei, die konstruktiv und zum Wohl der Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Solothurn, der Schweiz arbeitet und Lösungen sucht. Damit uns das auch gelingt, müssen wir stark sein, müssen wir angemessen in den Gremien vertreten sein. Womit ich wieder bei den Wahlen lande, obwohl es doch kein Wahljahr ist. Menschen, die sich engagieren zu motivieren und zu unterstützen, sind ein wichtiges Thema und eine ständige Aufgabe im Rahmen unserer politischen Tätigkeit.

Aber zurück zum heutigen Parteitag.

Es stehen einige Themen zum Besprechen an und wir wollen damit beginnen.

Ich freue mich auf engagierte und konstruktive Diskussionen.

Der Parteitag vom 2. Februar 2012 ist eröffnet.

2. Wahlen StimmzählerInnen

Evelyn Borer schlägt den anwesenden Stimmberechtigten folgende Delegierte als StimmzählerInnen vor:

StimmzählerInnen:	Alper Dümen, Grenchen	Tisch 1
	Christine Bigolin, Aetigkofen	Tisch 2
	Thomas Flückiger, Gerlafingen	Tisch 3

Beschluss: Die StimmzählerInnen werden diskussionslos und einstimmig gewählt.

3. Genehmigung der Geschäftsliste

Beschluss: Die Geschäftsliste wird diskussionslos und einstimmig genehmigt.

4. Genehmigung des Protokolls vom 24. Oktober 2011

Beschluss: Das Protokoll vom 24. Oktober 2011 in Solothurn wird diskussionslos genehmigt und verdankt.

5. Geschäftsleitung: Verdankung und Wahlen

1. Verdankung von Hans-Jörg Staub, Dornach (GL-Rücktritt im Jahr 2011)
2. Wahl von René Umher, Dornach für die Amtei Dorneck/Thierstein

Evelyn Borer:

Hans-Jörg Staub hat per Ende 2011 in der Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn demissioniert, dies konnte man im Links lesen. Gleichzeitig hat er auch sein Amt als Amteipräsident an Irene Meier-Reber übergeben. Hans-Jörg Staub ist Kantonsrat und war ein langjähriges Mitglied in der Geschäftsleitung. Er macht seine 75 Kilometer nach Solothurn sehr souverän und vielmals auch mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Er wundert sich oft, dass ich es eben nicht so souverän mache. Seine Meinung hat er in der Geschäftsleitung immer engagiert kundgetan und verteidigt. Seine Arbeit verdanken wir ihm herzlich, auch wenn's nur ein teilweiser Rücktritt ist, im Kantonsrat bleibt er uns erhalten. Besten Dank von der Geschäftsleitung für die tolle Zusammenarbeit. René Umher, sein Nachfolger in der Geschäftsleitung, kann heute berufshalber leider nicht anwesend sein. René ist ein sehr engagierter SP-Sektionspräsident und Gemeinderat in Dornach.

Beschluss: Die Delegierten wählen René Umher aus Dornach einstimmig als Geschäftsleitungsmitglied, anstelle von Hans-Jörg Staub, Dornach.

6. Statutenrevision

Evelyn Borer erläutert das Zustandekommen des Antrages der Geschäftsleitung:

„Erteilung eines Auftrages an die Geschäftsleitung zur Überprüfung der Führungsstruktur (Geschäftsleitung) der Kantonalpartei mit gleichzeitiger Revision der Statuten unter Berücksichtigung von diversen Sektionsanträgen sowie notwendigen Anpassungen an die Statuten der SPS und an das Vereinsgesetz“

Es ist nicht besonders einfach, aus so vielen Informationen einen gängigen Satz zu bilden, doch wir haben unser Bestes gegeben. Dieser Satz bedeutet jedoch im Prinzip genau das, was wir wollen. Gerne erläutere ich kurz, wie dieser Antrag zustande kam. Aus verschiedenen Sektionen sind Anträge über Statutenrevisionen gekommen und es sind Anpassungen ans Vereinsrecht notwendig, sowie Anpassungen an die Statuten der SPS, teils mit redaktionellem Charakter. Das Ganze würde einer Teilrevision gleich kommen welche dann an einem Parteitag vorgelegt würde. Ein Antrag von der SP-Sektion Solothurn-Stadt ging an die Geschäftsleitung und nicht an den Parteitag. Dieser Antrag will die jetzige Struktur in der Geschäftsleitung revidieren. Die jetzige Führungsstruktur besteht aus den nationalen Vertreter; National- und Ständerat, dem Präsidium, Fraktion und Regierung. Dazu aus jeder Amtei zwei VertreterInnen. Dies ergibt ungefähr ein 20ig-köpfiges Gremium.

Dieser Antrag zielt darauf ab, dass man diese Mandate überprüft. So eine Überprüfung ist eine grössere Geschichte. Stimmt der Parteitag diesem Antrag zu, würden wir diesem Projekt eine kleinere Arbeitsgruppe zuteilen. Diese schaut und bereitet die redaktionellen Angelegenheiten vor, aber auch die bestehende Führungsstruktur sollte von dieser Arbeitsgruppe überprüft werden. Dieser Antrag sollte jedoch aus der Sicht der Geschäftsleitung vom Parteitag genehmigt werden. Dies sind die Erläuterungen zum obigen Antrag. Gerne würde ich eure Meinung nun hören, möchte aber wiederholen, dass es sich keineswegs um eine materielle Diskussion handelt.

Wem darf ich nun das Wort zu diesem Geschäft übergeben? Es herrscht grosses Schweigen, heisst das für euch, dass wir es sein lassen können? Oder heisst es, dass wir die Revision durchführen sollen?

Diskussion:

Ruedi Hartmann:

Was sind eigentlich die Gründe zum einem solchen Antrag? Was sind die Schwerpunkte?

Klaus Koschmann:

Schon zu meiner Zeit, als ich in der Geschäftsleitung war, hat ein 20ig-köpfiges Gremium schlecht funktioniert. Die Hälfte fehlte praktisch jedes Mal. So wie ich gehört habe, ist dies offenbar immer noch so. Dies hat mich zum Antrag einer Revision (Verkleinerung) ermuntert. Auch ganz wichtig finde ich; in der Politik muss man heutzutage sehr schnell sein, und das funktioniert mit einer 20ig-köpfigen Geschäftsleitung leider einfach nicht. Sieht man das Ganze aus betriebswirtschaftlichen Aspekten, ist ein so grosses Gremium so oder so undenkbar. Aber auch eine politische Geschäftsleitung muss auf politische Ereignisse schnell und vor allem effizient reagieren können. Dies sind etwa die Gründe für den Antrag.

Roberto Zanetti:

Ich bin Mitglied von diesem „schwerfälligen“ Gremium und finde es ein bisschen schwierig, zu diesem Antrag einfach ja oder nein zu sagen. Die Anpassung an das Vereinsgesetz und die Änderung der Statuten der SPS, damit kann ich mich abfinden. Die Statuten sehe ich in der Regel nur an, wenn sie genehmigt oder revidiert werden, gegen das bin ich nicht. Zu einer Verkleinerung der Geschäftsleitung, kann ich aber nicht ja sagen. Wir werden nicht schneller sein! Klaus, es kann sein, dass in den letzten Jahren verschiedene kleine Firmen kleine Gremien als Geschäftsleitung eingesetzt haben, jedoch haben diese dann auch schneller grössere Fehler gemacht. Aus meiner Sicht führt eine Verkleinerung der Geschäftsleitung nur zu einer Machtaufwertung jedes einzelnen Geschäftsleitungsmitgliedes. Zudem stelle ich fest, immer wenn die politischen Inhalte fehlen, macht man Strukturanpassungen. Bei einer Verkleinerung besteht weiter die Gefahr, dass die demokratische Legitimation der Geschäftsleitung abnehme. Wir werden damit weder schneller, besser noch gescheiter.

Franziska Roth:

Die Stadt Solothurn hat nicht eine Verkleinerung beantragt, sondern und vor allem eine Überprüfung der Statuten und Strukturen. Dementsprechend haben wir nie gesagt, dass wir mit diesem Antrag zwingend eine Verkleinerung der Geschäftsleitung beantragen.

Beschluss: Die Delegierten lehnen den Antrag der Geschäftsleitung mit 29 Stimmen zu 21 Stimmen ab
--

Evelyn Borer:

Der Antrag der Geschäftsleitung ist abgelehnt, Somit wird es eine kleine Revision geben: Anpassungen ans Vereinsgesetz, an die Statuten der SPS, sowie einige redaktionelle Anpassungen. Alle weiteren Anträge aus den Sektionen werden zuerst in der GL behandelt und dann allenfalls in die Statuten einfließen. Das letzte Wort dazu haben aber immer die Delegierten.

7. Kantonale Abstimmungsvorlagen

Evelyn Borer: Informationen, Diskussionen und Parolenfassung zu folgenden kantonalen Vorlagen:

- 1. Solothurner Verfassungsinitiative «KMU-Förderinitiative: Weniger Bürokratie - mehr Arbeitsplätze»**

Antrag Geschäftsleitung: mehrheitlich Stimmfreigabe
--

Fränzi Burkhalter-Rohner, Kantonsrätin

Dieses Überbleibsel des FDP Wahlkampfthemas verlangt, dass künftig die Vorschriften und Gesetze auf ihre KMU Verträglichkeit hin geprüft werden sollen. Was auch immer das genau bedeuten würde! Hier der Verfassungstext (Folie): In der Kantonsverfassung soll Art. 121 mit Absatz 5 ergänzt werden: «Der Kanton trifft Massnahmen, um die Regelungsdichte und die administrative Belastung für Unternehmen, insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), so gering wie möglich zu halten.» Niemand kann gegen den Abbau von überflüssigen bürokratischen Regelungen sein. Eigentlich ist diese Forderung eine Selbstverständlichkeit. Es ist so, wie wenn wir Wasser in die Aare tragen oder wenn wir es regional anpassen: wie wenn wir Wasser in die Birs tragen würden. Diese Forderung sollte auch gar nicht notwendig sein, da die Mehrheit des Parlaments und des Regierungsrats bürgerlich ist, hätten sie genügend Möglichkeiten diese Forderung umzusetzen! Aber viele Erlasse werden von dieser Seite her gefordert und umgesetzt, so zum Beispiel im Bereich der Landwirtschaft. Der Kanton Solothurn wird immer wieder für seine schlanke Verwaltung gelobt. Auch von der zuständigen FdP Regierungsrätin (Volkswirtschaftsdirektorin). Nun soll sie noch schlanker werden? Ist hier überhaupt viel Potential? Vor allem weil sehr viele Vorschriften vom Bund erlassen werden. Darauf hat der Kanton wenig oder keinen Einfluss. Dass die Unternehmungen ungehindert ihrem Kerngeschäft nachgehen können, diese Forderungen unterstützen auch wir. Die Unternehmen sollen leistungsfähig sein, damit möglichst viele Arbeitsplätze geschaffen und erhalten bleiben. Die Gewinne sollen nicht durch unnötige Bürokratie geschmälert werden. Ein Formular, in dem die Unternehmung bestätigen muss, dass der GAV eingehalten wird, ist keine überflüssige Bürokratie. Alle KMU's, die sich an diese arbeitsrechtlichen Abmachungen halten, können dies ohne Probleme ausfüllen. Dafür haben sie eine Gewissheit, dass ihr Mitkonkurrent sich auch an die Rahmenbedingungen hält und der „Wettbewerb“ mit gleich langen Spiessen gemacht wird. Muss dieser Absatz 5 wirklich in unserer Verfassung stehen? Wenn man schon eine echte administrative Entlastung von überflüssigen und unnötigen Regelungen betreiben und dazu einen Artikel in unsere kantonale Verfassung schreiben will, darf man nicht nur auf die KMU fokussieren. Wir sind der Meinung, dass die einfachen Bürgerinnen und Bürger ebenfalls von unnötigen Regelungen entlastet werden sollen. Denn auch die Bevölkerung wird immer wieder mit bürokratischen Schwierigkeiten belastet.

Keine Diskussion.

Beschluss:

Die Delegierten haben den Antrag der Geschäftsleitung mit grossem Mehr angenommen.

2. Umsetzung der Volksinitiative zur «Nennung der Nationalitäten in Meldungen der Polizei und Justizbehörden»

Antrag Geschäftsleitung: einstimmig Nein

Hans-Jörg Staub, Kantonsrat

Was will die Initiative?

Die Initiative wurde in Form einer Anregung eingereicht. Sie lautet wie folgt:

«Die Gesetzgebung ist wie folgt zu ändern: In Meldungen der Polizei und der Justizbehörden ist die Nationalität oder die Herkunftsregion von Tätern und Tatverdächtigen zu nennen.»

Kantonaler Parteitag, 2. Februar 2012 in Dornach

Der Kantonsrat hat die Initiative – entgegen einem Rechtsgutachten und dem Antrag des Regierungsrates – für gültig erklärt und ihr am 4. November 2009 zugestimmt. In der Folge hat der Regierungsrat eine Vorlage zur Umsetzung der Initiative ausgearbeitet. Es handelt sich dabei um eine Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei sowie um eine Änderung des Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Strafprozessordnung und zur Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung. Der Kantonsrat (die bürgerliche Mehrheit) hat der Vorlage zur Umsetzung der Volksinitiative mit 53 zu 41 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt. Dies sicher auch im Vorfeld der nationalen Wahlen von 2011.

Die Mehrheit des Kantonsrates stimmte für die Volksinitiative und deren Umsetzung, dies aus folgenden Gründen: Im Interesse der Transparenz ist insbesondere in Polizeimeldungen die Nationalität oder Herkunftsregion vermehrt zu nennen. - Die Behörden sind gesetzlich zur Nennung der Angaben zu verpflichten; interne Weisungen der Polizei genügen nicht. Die Initiative lässt sich auf verfassungskonforme Weise und ohne Verletzung der Persönlichkeitsrechte umsetzen.

Die Minderheit des Kantonsrates, mit ihr die geschlossene SP-Kantonsratsfraktion, die Justizkommission des Kantonsrates sowie der Regierungsrat erachten die geltende Rechtslage als genügend und angemessen. Sie sind gegen die Volksinitiative und deren Umsetzung, dies aus folgenden Gründen:

Die Transparenz ist mit den bestehenden gesetzlichen Grundlagen jederzeit gewährleistet. Die Polizei nennt bereits heute die Nationalität oder Herkunftsregion von Tätern und Tatverdächtigen, sofern dies gesetzlich zulässig ist. Zusätzliche Gesetzesbestimmungen sind nicht notwendig. Die gewünschten Angaben können ausserdem der jährlich veröffentlichten Polizeilichen Kriminalstatistik des Bundesamtes für Statistik entnommen werden. Aufgrund der Bundesvorschrift im Bereich des Strafprozessrechts, welche dem kantonalen Recht vorgeht, ist die Initiative nur in einem untergeordneten Bereich (kantonales und kommunales Strafrecht) umsetzbar. Damit erweist sie sich als unangemessen. Ausserdem verstösst die Initiative mit ihrem starren Wortlaut gegen verschiedene verfassungsrechtliche Grundsätze. Sie lässt sich nur bedingt verfassungskonform umsetzen. Zudem basiert sie auf einem SVP-Dauerthema, dem Ausländerhass, dem permanenten, unnötigen Schüren von Ängsten. Die SP Kantonsratsfraktion sowie die Geschäftsleitung beantragen euch einstimmig die NEIN-Parole. Sagen wir gemeinsam Nein zum kollektiven anprangern.

Beschluss:

Die Delegierten haben den Antrag der Geschäftsleitung mit grossem Mehr und 2 Gegenstimmen angenommen.

3. *Neubau für das Berufsbildungszentrum BBZ in Solothurn; Bewilligung eines Verpflichtungskredites»*

Antrag Geschäftsleitung: einstimmig Ja

Evelyn Borer, Kantonsrätin

Yves Fankhauser aus der Juso hätte dieses Thema eigentlich vertreten, leider konnte Yves krankheitshalber nicht teilnehmen. Deshalb informiere ich euch über das BBZ Solothurn-Grenchen. Der Standort Solothurn hat rund 2340 Schüler/innen, welche ihre berufliche Grundausbildung absolvieren wollen. Auch befinden sich in den genannten Infrastrukturen Erwachsenenbildungs- und Weiterbildungszentren. Dieses Angebot wird pro Jahr von rund 1200 Personen in Anspruch genommen. Seit 1972 wird die gemietete Anlage „Rosengarten“

Kantonaler Parteitag, 2. Februar 2012 in Dornach

dafür genutzt. In den letzten Jahren aber, haben sich die Räumlichkeiten in einen renovierungsbedürftigen Zustand begeben. Weiter sollte man auch bezüglich Brandschutz und Fluchtwegen Anpassungen und Erneuerungen vornehmen. Wir haben natürlich geprüft, ob man sich alternativ für ein anderes Mietobjekt entscheiden kann. Es hat sich aber als am wirtschaftlichsten erwiesen, dass ein Anbau an den Rosengarten am sinnvollsten wäre. Mit dieser Veränderung könnten dann auch Cafeteria, Bibliothek und Aula von den verschiedenen Altersgruppen bestens genutzt werden. Der beantragte Bruttokredit beträgt 29.8 Mio. Schweizer Franken. Nach Anrechnung des Staates für die berufliche Bildung, verbleibt für die Stadt Solothurn, als Standortgemeinde, ein Nettokredit von 21.5 Mio. Schweizer Franken. Genau über diesen Betrag sollten wir abstimmen. Vor allem Investitionen in Bildung sind für die SP Kanton Solothurn immer ein wichtiges Thema. Es wurde schon einiges an tertiärer Weiterbildung gemacht; z.B. wurde in Fachhochschulen investiert. Investitionen in die Berufsbildung ist gut angelegtes Geld.

Aus all diesen Gründen empfiehlt euch die Geschäftsleitung einstimmig die Ja-Parole.

Keine Diskussion:

Beschluss:

Die Delegierten haben den Antrag der Geschäftsleitung ohne Gegenstimme angenommen.

4. *Beitritt zum Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen und Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei.*

Antrag Geschäftsleitung: einstimmig Ja

Urs Huber, Kantonsrat

Wir stimmen ab über den Beitritt zum Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen und Änderungen des Gesetzes über die Kantonspolizei. Grundsätzlich ist für uns SP das Gewaltmonopol des Staates sehr wichtig. Öffentliche Sicherheit gehört für uns zur Kernaufgabe des Staates und dafür müssen auch entsprechend Ressourcen und Mittel dafür zur Verfügung stehen. Daneben gab, gibt und wird es wohl immer private Sicherheitsdienste geben, die auch sogenannte Sicherheitsdienstleistungen anbieten und ausführen. (Das können Detektive, Türsteher, Wachpersonal, Zutrittskontrollen etc. sein)

Nicht alles finde ich unproblematisch, z.B. gewisse Gemeindeaufträge an private Organisationen. Aber umgekehrt sind gerade im Zusammenhang mit Sicherheitsproblemen an Sportanlässen Forderungen da, dass die Club- und Stadionbetreiber mehr Verantwortung übernehmen müssen. Es kann ja auch nicht sein, dass wir laufend Polizeikorps aufstocken, die dann neben dem öffentlichen Bereich um die Stadien auch noch im Stadion Billet Kontrollen machen.

Also es gibt sie, dass ist Fakt, im Kanton Solothurn sind es ca. 100 Unternehmungen. Die privaten Sicherheitsfirmen müssen neu Bewilligungen für ihre Sicherheitsangestellten, das Führen und den Betrieb des Unternehmens sowie für den Einsatz von Diensthunden einholen. Zudem benötigen sie eine Betriebshaftpflichtversicherung und haben für die sorgfältige Aus- und Weiterbildung ihres Personals zu sorgen. Mit dieser Vorlage soll erreicht werden, dass diese Branche nicht mehr wie bisher kantonal völlig unterschiedlich mehr oder eher weniger geregelt und kontrolliert wird. Die fehlende Übereinstimmung der kantonalen Vorschriften erweist sich zunehmend als schwierig. Zulassungsregeln in den einzelnen Kantonen können einfach unterlaufen werden. Und das ist eben ein Problem, auch weil das

Kantonaler Parteitag, 2. Februar 2012 in Dornach

Tätigkeitsfeld der Erbringung von Sicherheitsdienstleistungen durch Private in den letzten Jahren enorm gewachsen ist. Es stellen sich Abgrenzungsfragen zur Polizei als staatlichem Organ.

Ich denke, wir können nicht bei der Polizei usw. die Ausbildung dauernd verbessern und alles akribisch regeln und bei den privaten Sicherheitsdiensten einfach wegschauen. Es ist höchste Zeit, auch hier Regeln betreffend Eignung und Ausbildung vorzugeben. Und diese Zeit ist jetzt gekommen, endlich, mit dieser Vorlage. Deshalb hat die SP-Fraktion dieser Vorlage einstimmig klar und deutlich zugestimmt. Wir waren gelinde gesagt, dann leicht überrascht, dass ausgerechnet aus FDP und SVP-Kreisen Opposition kam. Gerade solche Parteien also, die gerne das Thema öffentliche Sicherheit brauchen oder missbrauchen, um politisches Kapital zu schlagen. Jetzt geht es um Taten statt Worte und nun das. Es waren zwar nicht viele, aber die 24 erreichten, dass es nun zu einer Volksabstimmung kommt, da das Quorum nicht erreicht wurde.

Was sagen die Gegner? sie sind dagegen, weil sie

1 eine Konkordatsallergie haben. Ich gebe zu, ich hatte auch schon gewisse Fieberschübe diesbezüglich. Aber wenn man etwas für alle verbindlich regeln will, und es der Bund nicht ist, ist ein Konkordat innerhalb der Kantone die übliche Lösung in diesem unserem Land.

Und wir brauchen eine verbindliche Regelung. Was soll oder bringt eine Regelung für Solothurner Firmen, wenn die ihr Domizil in Lengnau, Niederbipp, Aargau, Aarau oder hier in Arlesheim hat oder verlegt. Das wäre ein klassischer Papiertiger. Er brüllt in einer Solothurner Amtsstube und sonst nirgends. Wenn 5 Kantone zugestimmt haben, tritt das Konkordat in Kraft. Dann können wir den Tiger aus dem Rathaus lassen.

2. Die Gegner finden, es sei nicht nötig, dass Bewilligungen und Ausbildungsstandards gesetzlich geregelt werden. Das könne auch die Branche machen.

Abgesehen davon, dass gerade die seriösen Unternehmungen ein Interesse haben, endlich verbindliche Regelungen zu bekommen.

Wir sind hier nicht beim Keglerverband. Wenn die ihre Regeln aufstellen, was für Kegler gilt, in welchem Modus sie spielen, betrifft das nur die Kegler selber. Öffentliche Sicherheit betrifft aber eben alle, sie ist ein zentrales Interesse für alle Bürger und Bürgerinnen. Darum wollen wir eben gerade, dass der Staat, die Politik bestimmt, welche Regelungen gelten. Darum muss die Öffentlichkeit vorgeben, welche Regeln gelten.

Es gibt viele Gründe, dieser Vorlage zuzustimmen. Ich kenne keine, dagegen zu sein. Stimmen wir hier klar und deutlich zu.

Diskussion:

Robert Rohrbach:

Sind alle Kantone diesem Konkordat beigetreten?

Urs Huber:

Es müssen mindestens fünf Kantone dem Konkordat zustimmen. Der Kanton Solothurn ist einer der ersten, dessen Bevölkerung dazu Stellung nehmen kann.

Beschluss:

Die Delegierten haben den Antrag der Geschäftsleitung ohne Gegenstimme angenommen.

8. Nationale Abstimmungsvorlage – Pro und Kontra

„Bauspar-Initiative“: Informationen, Diskussion und Beschluss

Antrag Geschäftsleitung: Nein zur Bauspar-Initiative bei 1 Enthaltung
--

Markus Meier, Stv. Direktor Wirtschaftskammer BL (pro)

Besten Dank für die Einladung hier nach Dornach, es freut mich, vor so einem gefüllten Saal ihnen die Bauspar-Vorlage vorstellen zu dürfen. Die Bausparinitiative besteht aus verschiedenen Elementen. In erster Linie geht es darum, das Bausparen einzuführen. Man darf aber nur für eigengenutztes Wohneigentum Bausparen. Das Ganze darf genau einmal durchgeführt werden. Ganz klar, die Initiative richtet sich an Mieter, welche sich gerne ihr eigenes Wohnheim verwirklichen wollen. Sparobergrenze ist bei 15'000 CHF, Ehepaare können das Doppelte sparen. In der Region Basel kennt man das Bausparen seit 20 Jahren. Im Kanton Basel darf man als Obergrenze das Doppelte der Säule 3A sparen. Im Durchschnitt ca. 13'000 CHF. Das zweite Element ist die Umwelt. Energie sparen ist in aller Munde. Wir wollen mit unseren Ressourcen schonender umgehen und wir haben in der Schweiz einen sehr grossen Anteil von veralteten Wohnungen, welche renovierungsbedürftig sind. In diesem zweiten Element können maximal 5'000 CHF eingelegt werden, Ehegatten können wie oben schon das Doppelte sparen, dies aber nicht mehr als über 10 Jahre. Nach spätestens zwei Jahren muss auch das Objekt verwirklicht werden. Haltet man diese Frist nicht ein, muss der ganze gesparte Teil nachversteuert werden. Der dritte Teil ist die Befreiung von staatlichen Förderbeiträgen. Ein ganz wichtiger Punkt ist auch, dass diese Bausparregelung keine Steuerschlupflöcher beinhaltet. Im Initiativtext stehen verschiedene Regelungen, welche so ein Steuerschlupfloch verhindern. Zieht eine Person nur über einen kurzen Zeitabschnitt in ein eigenes Wohnheim, so liegt auf diesem ein Verkaufsverbot von mind. fünf Jahren. Ein weiterer wichtiger Teil ist, dass es eine föderalistische Initiative ist, was bedeutet, dass diese von jedem Kanton selbst angenommen oder eben abgelehnt werden kann.

Susanne Schaffner-Hess, Kantonsrätin (kontra)

Als erstes sollte man vielleicht sagen, dass der Kanton Baselland ein sehr grosses Interesse hat, dass die Initiative angenommen wird, dies hat Herr Meier ein bisschen verschwiegen. Der Zustand im Kanton BL ist unrechtmässig. Seit 20 Jahren kann man dort Bausparen, dies widerspricht dem Steuerharmonisierungsgesetz. Mit Annahme der Initiative könnte der Kanton die Auflagen anpassen und so das Gesetz umgehen. Wir, die SP und auch manche Bürgerliche haben Zweifel an der Wirkung des Bausparens, vor allem für den Mittelstand. Aus unserer Sicht ist es ungerecht, kompliziert und zu teuer. Statt für Alle, richtet sich die Initiative an wenige, bei denen es um meistens sehr viel Geld geht. Dies ist der Slogan dieser Initiative. Ich widerlege nun, dass der Mittelstand mit dieser Initiative nicht mehr sparen kann. Man kann sagen; ab 100'000.- Haushaltseinkommen kann sparen beginnen, jedoch eher spärlich. Mit 200'000.- kann schon viel mehr gespart werden. Doch wer 200'000.- verdient, braucht kein Bausparen, der kann es sich so oder so leisten. Dazu muss man erwähnen, dass kleine Einkommen deutlich weniger Steuern als grössere Einkommen sparen. Was aus unserer Sicht ein Vorteil für Besserverdienende ist. Die Grafik vom Initiativkomitee stimmt nicht überein, denn diese Jahreseinkommen sind alle nach Abzug der Säule 3a und Bausparen. Deshalb zeigt uns dies, dass mit weniger als 100'000.- Einkommen, sparen sehr schwer und fast unmöglich ist. Wenn man das jetzt auf den Kanton Baselland bezieht, sehen wir, dass dort eben viel weniger Personen Bausparen als bisher, angenommen anhand dieser Grafik. Das Initiativkomitee erwähnt auch, dass infolge des

Kantonaler Parteitag, 2. Februar 2012 in Dornach

Bausparens, dass Wohneigentum im Kanton Baselland gestiegen sei, dem ist aber nicht so. Die Wohneigentumsquote hat sich in allen Kantonen in den letzten 20 Jahren gesteigert. Eine Studie aus dem Kanton Baselland soll zeigen, dass man mit der Bausparinitiative mehr Arbeitsplätze schaffen könnte. Das Geld, das für Bausparen benötigt wird, wird einfach bei anderen Wirtschaftszweigen gespart. Fazit: Die Bausparinitiative ist unnötig und unterstützt nur solche, die keine Hilfe beim Sparen brauchen.

Diskussion:

Sämi Bündler, Lostorf:

Die Initiative einen Effekt, eine Zersiedelung unseres Planungsraumes würde stattfinden. Früher konnte man durch den Kanton Baselland fahren und Land antreffen. Heute fährt man einfach durch Siedelungen.

Herrn Meier:

Zur Zersiedelung muss ich sagen: Wenn der Kanton Baselland überbaut ist, bin ich glücklich, dann hat ja die Bausparinitiative genützt und mehr Wohneigentum geschaffen. In anderen Kantonen ist dies nicht der Fall, diese haben jedoch auch kein Bausparen-Modell. Mit dem Bausparen allein, wird nur etwas passieren, das Wohneigentum wird wieder von einzelnen Personen gemacht und nicht spekulativ von Anleger mit Massenwohnungen.

Max Eichenberger, Rodersdorf:

Mit einer Annahme der Initiative würde ein Umverteilungsmechanismus einsetzen. Rodersdorf hat in den letzten 20 Jahren eine Verfünffachung der Bodenpreise erlebt. Neue Bewohner haben zum Teil keine Ahnung wie hoch die Bodenpreise sind und zahlen eigentlich jeden Preis für angebotenes Land. Bausparen würde daher die ohnehin schon starke Umverteilung noch mehr fördern.

Ruedi Hartmann, Gempfen:

Wir haben jetzt sehr viele kontroverse Daten gehört. Welche Seite hat nun Recht und welche nicht? Es ist nicht klar, gemäss Herr Meier sollen Personen mit 40'000 Fr. Einkommen für Bausparen etwas auf die hohe Kante legen können. Wie soll denn das gehen? Mit unserer Mindestlohn-Initiative verlangen wir 22.00 Fr Stundenlohn = ca 48'000Fr. Wie soll der ein Einfamilienhaus bauen können?

Susanne Schaffner:

Ich habe mich auf Studien der Hochschulen Bern und Luzern gestützt, diese haben die ganzen Zahlen und Statistiken geliefert.

Herr Meier:

Gemeint war natürlich das steuerbare Einkommen, also das was nach den Abzügen übrig bleibt. Und man darf sich natürlich nicht irreführen lassen, dass Bausparer alles Familien mit Kindern sind, oft sind dies auch zwei Personen, kinderlos oder ledig die erwerbstätig sind und auf diesem Weg zu einem Eigenheim kommen.

Karin Kälin, Rodersdorf:

Sicher ist diese Initiative nicht die beste Lösung. Aber generell gilt doch; wenn einem etwas gehört, trägt man auch mehr Sorge dazu. Kommt dazu, dass man mit Eigentum auch eher bereit sei etwas für den Umweltschutz und zB. für Energiesparmassnahmen zu

Kantonaler Parteitag, 2. Februar 2012 in Dornach

unternehmen. In anderen Ländern haben Bemühungen in diese Richtung ihre Wirkung gezeigt.

Roberto Zanetti, Gerlafingen:

Die Vorlage ist extrem kompliziert. Wenn man daran denkt, dass es immer noch die Vision mit der Steuererklärung auf dem Bierdeckel gibt, muss man dann schon sehr grosse Bierdeckel produzieren. Die teilweise umgesetzte Steuerharmonisierung unter den Kantonen ist ein grosser Schritt in eine richtige Richtung. Mit dieser Initiative werden wieder weitere Unterschiede geschaffen, denn es steht jedem Kanton frei zu, wie und ob er bei Annahme der Initiative diese auch umsetzen möchte. Das kommt einem Bürokratieausbau gleich sondergleichen. Stellen sie sich ein Umzug von einem Kanton in den anderen vor, in denen das Bausparen unterschiedlich gehandhabt wird. Die Steuerbehörden müssen ausgebaut werden. Neben all diesen Gründen, gibt es eben auch die sozialpolitischen und gerechtigkeits- Aspekte, wie sie Susanne genannt hat, und nicht unwesentlich sind. Leute die sich das bauen leisten können, bauen auch ohne Bausparen, mit dieser Vorlage bekommen sie vom Staat nochmals einen eleganten Zustupf. Das ist ungerecht, bürokratisch und ist ein Rückschritt bezüglich Steuerharmonisierung. Man kann doch nicht in der Vorlage anfangs des Abends „KMU-Förderinitiative“ einen Bürokratieabbau und jetzt einen komplizierten Ausbau verlangen. Aus all diesen Gründen empfehle ich ein Nein.

Urs von Lerber, Luterbach:

Mit der Pensionskasse besteht bereits heute ein Gefäss, mit und dank dem Bauen möglich wird. Über diese finanziellen Mittel können die Leute bestimmen, was mit ihren Geldern gemacht werden soll, das ist sinnvoll und könnte unter Umständen sogar ausgebaut werden. Aber neue und komplizierte Regelungen braucht es nicht.

Beschluss:

Die Delegierten haben den Antrag der Geschäftsleitung grossmehrheitlich angenommen.

9. Varia

Kein Wortbegehren.

Evelyn Borer erinnert an den Sektionentreff vom 8. März in Balsthal und weist darauf hin, dass die Partei im Anschluss an die Versammlung einen Glühwein spendiert, dankt für das Erscheinen und wünscht eine gute Heimreise.

Allen Referentinnen und Referenten wird eine Flasche Wein übergeben.

Für das Protokoll: Niklaus Wepfer, 2. März 2012